

Tödlicher Konflikt und COVID-19

Verschärfung der Krisen

Andrew Watkins

Afghanistan ist ein vom Krieg geplagtes Land, nun kommt eine zweite Krise hinzu. Die Krise durch die Corona-Pandemie war im Bereich der öffentlichen Gesundheit sowie in der Ernährungssicherheit geradezu absehbar. Der Autor skizziert einige der Herausforderungen, für die inländische wie die internationale Gemeinschaft.

Ende März 2020 hatte der afghanische Gesundheitsminister geschätzt, dass bis zu 25 Millionen Afghan(inn)en mit dem Corona-Virus infiziert werden könnten – bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 37 Millionen. Die Statistik der Johns-Hopkins-Universität wies Mitte September knapp 40.000 Infizierte aus - wobei die Erhebung der Daten vielerlei Beschränkungen unterliegt. Die afghanische Regierung hatte im März eine breite Palette von Maßnahmen zur Eindämmung des Virus angekündigt, die der weltweiten Praxis entsprach. Es war aber absehbar, dass die Schwächen der Gesundheitsinfrastruktur, verschärft durch Armut und vier Jahrzehnte bewaffneter Konflikt, eine besondere Herausforderung darstellen würden.

Gesundheitsinfrastruktur

Die Zahl der gemeldeten Todesfälle im Zusammenhang mit COVID-19 ist nach wie vor gering – knapp 1500 Verstorbene, Stand September. Die Krankenhäuser sind gleichwohl überlastet. Das Personal erkrankt nicht nur. Viele weigerten sich, unter Bedingungen zu arbeiten, die sie für gefährlich hielten. Bedingungen, unter denen nur etwa jede vierte Person Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung

hat. Hinzu kommt, dass die Daten zur Gesundheitsversorgung in Afghanistan unzuverlässig sind. All dies lässt eine enorme Ungewissheit über das letztendliche Ausmaß des Problems im Land zurück.

Die Ankündigungen und Maßnahmen der Regierung im März fanden statt, als rund 300.000 afghanische Wanderarbeiter(inne)n aus Pakistan und dem Iran zurückkehrten. Der Iran wurde damals als eines der globalen Epizentren des Virus eingeschätzt. Das Gesundheitsministerium schätzte, dass sich das Virus insbesondere in den Provinzen ausbreiten würde, die an den Iran angrenzen. Humanitäre Organisationen hatten von Grenzschließungen abgeraten, um Lager und Knotenpunkte für Infektionen zu vermeiden. Die Regierung leitete zwar Versorgungslieferungen in die vom Virus besonders bedrohten Regionen, es blieb aber unklar, wer mit was versorgt wurde. Zugegebenermaßen ist eine Kontrolle in einem bewaffneten Konflikt nicht einfach, zumal auch die Taliban an öffentlicher Datenerhebung wenig Interesse zeigen.

Nahrungsmittelknappheit

Nahrungsmittelknappheit und -unsicherheit könnten sich zu ernststen Bedrohungen verschlimmern. Die bestehende Knappheit treibt bereits

die Preise für Grundnahrungsmittel in die Höhe. Wie in anderen Ländern haben Sperrverordnungen in den Städten die informelle Beschäftigung etwa als Tagelöhner geradezu gekappt. Gleichzeitig gingen die Überweisungen aus dem Ausland drastisch zurück. Schon vor der Pandemie lebten in Afghanistan 14 Millionen Menschen ohne ausreichenden Zugang zu Nahrungsmitteln und waren auf internationale Hilfe angewiesen.

Die afghanische Regierung hat die Belastung vorausgesehen und rasch mit der Notverteilung von Getreide in Kabul und im ganzen Land begonnen. Doch die strategischen Reserven reichen nicht aus, um den Bedarf der Bevölkerung zu decken. Es gab außerdem Szenen von Panik und Ressentiments gegen die Belieferung etwa an Minderheiten. Hilfsorganisationen bemühten sich, die Regierung zu unterstützen. Die Abriegelungen haben ihre Möglichkeiten, Hilfe zu leisten, allerdings eingeschränkt. Expert(inn)en schlugen vor, Hilfeleistungen in bar zu gewähren, um die lokalen Märkte zu stärken. Sie rechneten aber mit länger währenden Schwierigkeiten. Geldtransfers berühren Sicherheitsaspekte und werden überwacht. Geldtransfers per Smartphone haben bislang nur eine begrenzte Reichweite.

Afghanistan ist bei den meisten Grundnahrungsmitteln, darunter Weizenmehl, das fast drei Viertel der Ernährung der armen Menschen in Afghanistan ausmacht, von Importen abhängig. Der größte Teil der Weizenimporte stammt aus Kasachstan. Anders als der Iran und zu Teilen Pakistan haben die zentralasiatischen Nachbarn Afghanistans ihre Grenzen zunächst gesperrt. Kasachstan nahm nach einer kurzen Sperre die Weizenexporte wieder auf, aber unter streng begrenzten Quoten. Usbekistan hat Kabul unter Druck gesetzt, damit es seine überfälligen Rechnungen beispielsweise für die Stromversorgung bezahlt. Indien als Ersatzlieferant für Weizen erfordert den Transport der Ware über den iranischen Hafen Chabahar, was unsicher bleibt. Chabahar ist ein Knotenpunkt in einer politisch umstrittenen Handelsroute. Die Vereinbarungen zwischen Kabul und Delhi bleiben außerdem weit hinter den mehr als zwei Millionen Tonnen zurück, die Afghanistan benötigt. Jede Zunahme an Spannungen zwischen den Nachbarn Afghanistans und anderen regionalen Mächten wird die Versorgung komplexer machen.

Soziale und andere Folgen

Sowohl die in der Stadt als auch auf dem Land lebenden Afghan(inn)en laufen also Gefahr, den Zugang zu Nahrung zu verlieren. Eingedenk der Verluste an Einkommen bei Tagelöhner(inne)n und anderen informell Beschäftigten besteht außerdem die Gefahr, dass die Kriminalität zunimmt. Sie ist in Kabul bereits in den letzten Jahren stetig gestiegen und wird sowohl von organisierten Unternehmen als auch von Kleinkriminellen verübt. Geschäftsleute, Mediziner oder Mittelstandsfamilien werden zur Zielscheibe für Entführungen und Lösegeld-Forderungen. Es wird offen berichtet, dass die verant-

wortlichen Banden mit hochrangigen politischen Persönlichkeiten verbunden sind und deren Schutz genießen. Anwohner/-innen in Kabul berichteten gegenüber der *International Crisis Group*, dass sie befürchten, dass die Pandemie das Entführen erleichtern könnte.

Interviewte Afghan(inn)en äußerten sich besorgt auch über die zunehmende Gefahr, dass sich hungrige Menschen in Gruppen versammeln könnten, um gegen die vermutete Ungleichheit bei der Verteilung von Nahrungsmitteln zu protestieren oder Unruhe zu stiften. In den Städten Herat, Jalalabad, Mazar-e Sharif und Kabul hatten vereinzelte Proteste bereits stattgefunden. Internationale Hilfsorganisationen berichteten über städtische Unruhen. Außerdem seien von den mehr als tausend internationalen humanitären Mitarbeiter(inn)en, die gewöhnlich in Kabul stationiert sind, nur noch rund 300 vor Ort.

Die ländliche Bevölkerung ist zwar anders von der Pandemie betroffen, aber auch ihre Ernährung besteht aus importiertem Weizen, Zucker und Speiseöl. Abgelegene Regionen des Landes kämpfen aufgrund der Dürreperioden schon jetzt mit Hungerphänomenen. Die Taliban scheinen in den von ihnen kontrollierten Gebieten keine große Hilfe zu sein. Im Unterschied zur gut organisierten PR-Kampagne zu COVID-19 haben die Taliban nur wenige umfassende Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit ergriffen. Hingegen ist die Mohn-ernte, zum großen Teil in Gebieten unter Taliban-Kontrolle, wie üblich vorangeschritten. Die Taliban präsentieren sich als Schattenregierung, widmen aber den unterfinanzierten medizinischen Diensten in den von ihnen kontrollierten Gebieten nur wenige eigene Ressourcen. Dass die Führer

der Bewegung die Schwere des Virus erkannt haben, mag vor allem damit zusammenhängen, dass sich die Auswirkungen von COVID-19 wahrscheinlich auch auf ihre Kampfkraft erstrecken. Virus und Hunger schlagen überall zu.

Internationale Organisationen sollten sich für den ungehinderten Fluss von Nahrungsmitteln und medizinischer Hilfe einsetzen. Dazu müssten unter anderem die Kämpfe entlang der großen Verbindungsstraßen eingestellt werden, um den Transport lebenswichtiger Güter zu gewährleisten. In der Tat sollte die Sicherung des Handelsverkehrs von beiden Konfliktseiten zur obersten Priorität erklärt werden. Regionale Mächte sollten für einen reibungslosen Handelsfluss sorgen und sich koordinieren, um die Stabilität der afghanischen Versorgungslinien für Grundbedarfsgüter zu gewährleisten. Die USA etwa haben den Import von Weizen nach Afghanistan gefördert.

*Aus dem Englischen übersetzt
und bearbeitet von Theodor Rathgeber*

Zum Autor



Andrew Watkins ist leitender Analyst der *International Crisis Group* für Afghanistan und befasst sich mit den Perspektiven und Herausforderungen für den

dortigen Friedensprozess.

Texthinweis

Der längere Originaltext erschien auf der Webseite der *International Crisis Group* unter dem Titel *COVID-19 in Afghanistan: Compounding Crises*.